

## **Vorschlag von FDP, Grünen, SPD und UWG für eine gemeinsame Resolution der Butzbacher Stadtverordnetenversammlung zur Weiterentwicklung der Butzbacher Schulen (MPS Oberer Hüttenberg, Stadtschule, Schrenzerschule) zur Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung am 8.2.2011**

**Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Butzbach hält die weitere Verzögerung der Entscheidung für die Weiterentwicklung der Butzbacher Schulen für nicht akzeptabel.**

**Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass auf Grund der Vorgaben des hessischen Schulgesetzes bei den aktuellen Schülerzahlen nicht alle bisher geforderten Entwicklungswünsche der Butzbacher Schulen genehmigungsfähig sind, auch wenn sie aus der bisherigen Sicht der Stadtverordnetenversammlung (vgl. bisherige Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung vom Herbst 2009) für die Stadt und die Schulen aus Sicht der Stadtentwicklung ideal gewesen wären. Nach den bisher aus dem Kultusministerium vorliegenden Stellungnahmen macht das Festhalten an der seinerzeitigen Maximalforderung der Stadtverordnetenversammlung vom Herbst 2009 keinen Sinn mehr. Im Gegenteil: Die seinerzeitige Beschlussfassung zielte auf den Erhalt aller betroffenen drei Sek. I Schulen und die Umsetzung der von den Schulen beschlossenen und beantragten Organisationsformen. Auf Grund der Vorgaben des hessischen Schulgesetzes und der Entwicklung der Schülerzahlen im Raum Butzbach ist das Kultusministerium erkennbar nicht bereit diesen vom Schulträger und Stadt vorgeschlagenen Weg mit zu gehen, d.h. das Kultusministerium wird hierzu keine Genehmigung erteilen.**

**Ein weiteres Festhalten an der Maximalforderung durch die städtischen Gremien gegenüber Schulträger und Landesregierung würde - im Gegenteil - zu einem unvermeidbaren Stillstand und weiteren Erosion der Butzbacher Schullandschaft führen. Die fehlende Gesamtregelung für den Planungsbezirk Butzbach darf aber nicht die Weiterentwicklung der Schrenzerschule behindern, denn sie erfüllt alle Voraussetzungen.**

**Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Butzbach unterstützt daher die von einer Kreitagsmehrheit vor wenigen Tagen entwickelte Beschlussfassung, die ein G9-Angebot für Butzbach noch in diesem Jahr realisieren will. Der aufgrund der Vorgaben des Schulgesetzes zur Zeit einzig mögliche und damit folgerichtige Weg ist die Entwicklung der Schrenzerschule zu einer integrierten Gesamtschule.**

**Der stufenweise Umbau der MPS zu einer reinen Grundschule ist nicht unser Wunsch, aber realistischer Weise nicht zu verhindern. Wenn wir diesen Umbauprozess mittragen sollen, erwartet die Stadt Butzbach dabei aber auch die Hilfe des Kreises und des Landes Hessen, um am Schulstandort Kirch-Göns ein attraktives Grundschulmodell mit ganztägigen Betreuungsangeboten (Ganztagschule) und einer engen Verzahnung mit den Kindergärten Kirch-Göns und Pohl-Göns zu entwickeln. Die städtischen Gremien fordern daher vom Kreistag ein klares Bekenntnis zum Grundschulstandort Kirch-Göns und fordern den Kreistag darüber hinaus auf, den Sperrvermerk im Kreishaushalt hinsichtlich der Finanzmittel zur Sanierung der Schule unverzüglich aufzuheben.**

**Die in den letzten Jahren durch erhebliche finanzielle Mittel sanierte**

**Stadtschule erhält zeitnah die Möglichkeit einer strukturellen Umgestaltung. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die derzeitigen Schülerzahlen eine Umwandlung in eine KGS nach dem Hessischen Schulgesetz nicht zulassen. Dies ist fortlaufend anhand der zukünftigen Schülerzahlen in enger Absprache aller beteiligten Entscheidungsträger wie Ministerium, Schulamt, Schulträger sowie insbesondere der Schulleitung der Stadtschule, zu prüfen. Eine entsprechende Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes des Wetteraukreises wird dann vorausgesetzt. Die Stadtschule entscheidet, ob sie parallel zur Umwandlung der Schrenzerschule in eine IGS, zunächst Förderstufe mit Haupt- und Realschule bleiben, oder Haupt- und Realschule bzw. nur Realschule jeweils ab Jahrgangsstufe 5 werden will. In ihrem Vorhaben wird sie von der Stadtverordnetenversammlung unterstützt. Außerdem wollen wir die Stadtschule auf ihrem Weg Ganztagschule zu werden (nach dem ab Schuljahr 11 / 12 gültigen neuen Schulgesetz) unterstützen. Dieser Entwicklung zur Ganztagschule ist vor dem Hintergrund der Entwicklung unserer Arbeitswelt Priorität einzuräumen.**

**Der Grundschulbetrieb an der Stadtschule soll von diesen konzeptionellen Überlegungen unangetastet bleiben und soll auf Dauer vom Schulträger und der Landesregierung sichergestellt werden.**

**Diese Maßnahmen sind notwendig, um der Stadtschule eine ehrliche Chance zur Weiterentwicklung zu geben.**